



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

161 (14.4.1920) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-190847](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-190847)

Mannheimer General-Anzeiger

Verlagspreis: In Mannheim u. Umgeb. monatl. einchl. d. 1.50 für den Rest des Reichs 1.75. ...

Badische Neuere Nachrichten

Anzeigenpreis: Bei jeder Zeile 1000. Bei 1000 Zeilen 100.000. ...

Neckar- oder Main-Donau-Kanal.

Vom Südwestdeutschen Kanalverein wird uns mitgeteilt:

Zur Beantwortung der Frage, welches der beiden Projekte zunächst in Betracht kommt, verweist die Frankfurter Zeitung in der Nr. 186 vom 10. März auf Heft 4 der „Freien Donau“...

1. Infolge der größeren Wassergeschwindigkeit im Neckarkanal bietet das Wasser bei Bergfahrt größeren Widerstand, verlangt also größeren Kraftaufwand und erhöht die Schiffahrtskosten; die Talfahrten sind infolge der größeren Strömung und der Möglichkeit der Begegnung mit bergaufgehenden Schiffen gefährlich.
2. Die Länge der beiden Kanäle und Flußstrecken beträgt von Mainz bis Kelheim an der Donau gemessen, bei der Neckarlinie a) über Plochingen (Südsüdlich Stuttgart) 516 Km, b) über Neckar-Oms 494 Km.; bei der Mainlinie 485 Km. Die Mainlinie ist daher die kürzere Verbindung.
3. Der zu überwindende Höhenunterschied zwischen Mainz und Kelheim beträgt bei der Mainlinie 300 Meter, bei den beiden möglichen Neckarlinien 714, bezw. 562 Meter, demnach 83 bezw. 44 Prozent mehr als bei der Mainlinie.
4. Die Anzahl der notwendigen Schleusen, deren Durchfahrt bekanntlich sehr zeitraubend ist, beträgt bei der Mainlinie 45, bei den Neckarlinien 54 oder 56.
5. Die Leistungsfähigkeit der Mainstraße wird auf 5,5 Millionen T. bei Tag- und Nachtbetrieb auf 10 Mill. T. berechnet, die der Neckarlinien ist nicht bekannt.
6. Die erforderlichen Wassermengen für die Mainlinie betragen (sogar solche Voranschläge überhaupt zu Vergleichszwecken benutzbar sind, einschließlich der Mainkanalisierung bis Würzburg nach Friedenspreisen) 419 Millionen, die der Neckarlinien etwa 489 Mill. Rechnet man die Kosten der Wasserbeschaffung hinzu, so haben den 421 Millionen der Mainlinie 549 Millionen der Neckarlinie gegenüber. Die Mehrkosten betragen also etwa 17 %.
7. Die Gewinnung von Wasserkräften ist nicht allein von Wichtigkeit für die gesamte Wirtschaft, sondern sie kann nach Lage der Dinge ausschlaggebend werden für die Rentabilität der Kanalanlagen. Die Neckarstraße wird die Ausnutzung von 60.000 P.S. ermöglichen, der Verbindungspegel zwischen Main und Donau 65.000 P.S.
8. Die Neckarlinie läuft in ihrem unteren Teil in der gleichen Richtung und in Nähe des Rheins, muß also die Konkurrenz dieses Großschiffahrtsweges ertragen; die Main-Donaustraße hingegen wird durch ein dem Verkehr erst in vollem Umfang zu erschießendes Gebiet geleitet.
9. Die Vorarbeiten für die Mainlinie sind fertiggestellt; über die Führung der Neckarlinie herrscht noch keine volle Einigkeit und Klarheit.

Darauf ist im einzelnen folgendes zu entgegnen:

Zu 1. Die größere Wassergeschwindigkeit in dem Neckar-Donau-Kanal ist unwesentlich; sie übt nicht einmal auf die Transportkosten einen nennenswerten Einfluß aus. Es geht dies aus der Denkschrift des Main-Donau-Stromverbandes selbst hervor, in welcher für den Neckarkanal ein durchschnittlicher Streckenfuß von 0,38 Pfg. für das t Km. angegeben wird, während für den Main-Donau-Kanal der Streckenfuß auf 0,35 gewählt ist. Von einer Gefährdung der Talfahrt auch bei Begegnung mit bergaufgehenden Schiffen kann beim Neckar-Donau-Kanal keine Rede sein, da die Querschnittsabmessungen sehr reichliche sind.

Zu 2. Der zwischen Mainz und Kelheim bestehende Höhenunterschied über die Main- oder Neckarlinie ist an sich ein verhältnismäßig geringer. Der geringe Höhenunterschied wird aber allein dadurch ausgeglichen, daß bei der Neckarverbindung eine freie Rheinstrecke von 84 Km. (Mainz-Rannheim-Rhein) eingeschlossen ist, auf welcher sich die Schiffahrt billiger und bequemer abwickelt. Dazu kommt, daß die Neckar-Donau-Schiffahrt unter Berücksichtigung des Verkehrs vom Oberrhein her gegenüber der Main-Donau-Verbindung unbedritten im Vorteil ist.

Die zu verzeichnende Baulänge zwischen Rhein und Donau (Kelheim) beträgt beim Main 485 Km., beim Neckar dagegen nur 430 bzw. 421 Km., Abzweigung oberhalb Rheims, (vergl. Ziff. 6 über Baukosten).

Zu 3 u. 4. Mit dem zu überwindenden größeren Höhenunterschied ist bei der Neckarlinie der Vorteil verbunden, daß die Donau an dem günstig gelegenen Verkehrspunkt Lim erreicht wird. Von Lim ausgehend schließt die kanalisiertete Donau einerseits Südbayern aus, andererseits wird dort der Donau-Bodensee-Kanal in zweckmäßiger Weise mit der Rhein-Donau-Verbindung in Zusammenhang gebracht. Trotz der größeren zu überwindenden Höhe ist die Zahl der Schleusen nicht größer, denn sie beträgt vom Rhein über den Main von Mainz ab 57, über den Neckar von Rannheim ab 52. Die in dem Artikel der Frankfurter Zeitung angegebene Zahl der Schleusen mit 45 der Mainverbindung ist irreführend, denn sie bezieht sich lediglich auf die Strecke von Achaffenburg bis Kelheim, läßt also die Schleusen im kanalisierteten Main unterhalb Achaffenburg außer Betracht.

Zu 5. Die errechnete Leistungsfähigkeit der Mainstraße beruht auf Schleppschleusen. Ob die Anordnung solcher Schleppschleusen beim Main zweckmäßig und nötig ist, darüber fehlt jeder Nachweis. Die Leistungsfähigkeit des Neckarstroms beträgt bei einfachen Schleusen unter Zubehörlage von 250 Schiffsstagen und 14stündiger Betriebsdauer 4,5 Millionen Tonnen im Jahr. Bei Einrichtung von Tag- und Nachtbetrieb kann der Verkehr auf 8 Millionen Tonnen im Jahr gesteigert werden, ein Verkehr, wie er erst auf dem einen wie auf dem anderen Wasserwege nach einer längeren Reihe von Jahren erreicht werden wird.

Zu 6. Die angegebenen Zahlen der Baukosten sind unrichtig; nicht die Main-Verbindung, sondern die Neckar-Verbindung ist die billigste. Die Kosten für die Main-Verbindung ab Achaffenburg einschließlich Wasserbeschaffung und Wasserstraßenbau belaufen sich nach den Angaben in der Denkschrift des Main-Donau-Stromverbandes auf 510 Mill. M., die der Neckarverbindung von Rannheim bis Kelheim einschließlich der Donau-Kanalisation, wober mit Wasserbeschaffung und Wasserstraßenbau auf 423 Mill. M.

Zu den Baukosten von 510 Millionen M. des Mainwegs sind aber bei einem Vergleich selbstverständlich hinzuzurechnen die 24 Mill. M., welche die Kanalisierung des Rheins bis Achaffenburg erfordert hat. Ferner sind in den Angaben für den Mainweg die Baukosten eines Staubeckens im Schwarzwald nicht inbegriffen, welches nach der Denkschrift des Main-Donau-Stromverbandes zur Sicherung bei der Wasserbeschaffung nicht entbehrt werden kann.

Zu 7. Die Angabe bezüglich der Höhe der zu gewinnenden Wasserkräfte bei der Main-Donau-Verbindung scheint mit 65.000 P.S. reichlich hoch, denn in den veröffentlichten Denkschriften gibt der Main-Donau-Stromverband niedrigere Zahlen dafür an. Unbestreitbar werden bei der Neckar-Donau-Linie zwischen Rannheim und Kelheim 230.000 P.S. gewonnen, wovon allein auf den in Bayern liegenden Teil des Schiffsweges 160.000 P.S. entfallen.

Zu 8. Wie man die Neckar-Donau-Verbindung als in Konkurrenz mit der Rheinlinie stehend bezeichnen kann, ist völlig unverständlich. Die Neckar-Donau-Verbindung bildet, wie ein Blick auf eine Karte lehrt, die natürlichste Fortsetzung des Rheins zur Donau; sie gewinnt umso mehr an Bedeutung, als der Rhein oberhalb Karlsruhe infolge des unglücklichen Erlösausgangs der Verfügung des Deutschen Reichs entzogen ist.

Zu 9. Die neuen Rührberger Beseitigung des Bayerischen Kanalvereins sind der beste Beweis gegen die Behauptung, daß die Vorarbeiten für die Main-Donau-Verbindung abgeschlossen seien. Der Entwurf für die Neckarverbindung ist mindestens so weit erklärt, wie jener der Mainverbindung.

Die hier behandelten Vorzüge und Nachteile der einen oder anderen Schiffahrtstrasse sind weniger ausschlaggebend. Viel wichtiger sind die folgenden Gesichtspunkte: Der Main-Donau-Weg ist ein rein bayerischer Kanal, der dabei nicht einmal den gesamten bayerischen Verhältnissen Rechnung trägt, indem er einen großen Teil von Südbayern mit München und Augsburg beiseite läßt. Der Neckar-Donau-Kanal dagegen führt in den für den bayerischen Staat wichtigsten Gegenden Bayerns auf eine Länge von 384 Kilom. (bis zur Reichsgrenze); in Württemberg liegt 173 Kilom., in Hessen 14 Kilometer, in Baden 84 Kilom. Es kann daher füglich behauptet werden, daß beim Neckar-Donau-Kanal Bayern gegenüber den anderen durchquerten Ländern in überragendem Maße Berücksichtigung findet und daß der Aufwand von Reichsmitteln sich für einen in so zweckmäßiger Weise geführten, als süddeutschen Staaten aufschließenden Kanal eher rechtfertigen läßt, als für den rein bayerischen Main-Donau-Kanal.

Schließlich kann die Mehrerzeugung von 150.000 P.S. Wasserkräfte bei der Neckar-Donau-Verbindung unter den gegenwärtigen Verhältnissen gar nicht hoch genug eingeschlagen werden. Ob diese Wasserkräfte auf badischem, württembergischem oder bayerischem Gebiete anfallen, ist für die deutsche Volkswirtschaft unwesentlich. Wichtig ist, daß sie gewonnen werden zugleich mit der Schaffung einer Großschiffahrtstrasse und daß durch sie mindestens 1,2 Millionen Tonnen Kohlen mehr im Jahr erspart werden können.

Die Erträgnisse aus den Wasserkräften ergeben zudem bekanntlich eine ausreichende Verzinsung und Amortisation des niederen Baukapitals der Neckar-Donau-Verbindung.

Die süddeutschen Kanalpläne.

Bayern fordert paritätische Verhandlung. München, 14. April. (Beitrag.) Zu der Einbringung der Vorlage für die Neckarkanalisierung im Reichstagesrat erklärt die Reichsregierung, daß die Neckar-Donau-Verbindung ein rein bayerischer Kanal sei, der nicht einmal den gesamten bayerischen Verhältnissen Rechnung trägt, indem er einen großen Teil von Südbayern mit München und Augsburg beiseite läßt.

Das Reichsverkehrsministerium hat vor wenigen Tagen unter Führung des Herrn Unterstaatssekretärs Peters Deamte mit Stuttgart entsandt, um dort über die Kanalisierung des Neckars bis Plochingen zu verhandeln, nachdem die württembergische, badische und hessische Regierung die Ausführung dieses Werkes auf Reichskosten in Berlin beantragt hätte. Gleichzeitig wurden Verhandlungen wegen Übernahme der Ausführung des Mittelkanals auf das Reich eingeleitet. Bei dieser Gelegenheit ist die bayerische Regierung verpflichtet, bei der Reichsregierung den Antrag zu stellen, die Frage der Fortsetzung der Großschiffahrtstrasse von Achaffenburg über Bamberg, Rürnberg, Regensburg, Kelheim nach Passau auf Kosten des Reichs, wofür der Main-Donau-Stromverband eingehende Entwürfe und Untersuchungen ausgearbeitet hat, nicht hinter die vorgenannten Unternehmungen zurückstellen, sondern die Ausführung dieser großen wirtschaftlichen Maßnahme gleichzeitig eintreten zu lassen. Gegen die von Interessenten beabsichtigte Benützung einzelner Wasserstraßen zum Schaden Bayerns, möchte die bayerische Regierung mit aller Entschiedenheit Stellung nehmen. Sie vertraut darauf, daß das Reich keine Entscheidung nur nach sorgfältiger und gerechter Prüfung der beiden süddeutschen Verkehrswege und unter Berücksichtigung süddeutscher und norddeutscher Interessen treffen wird.

Dieses Schreiben ist von der Reichsregierung nicht beantwortet worden. Die bayerischen Kommissare haben aber bei den Verhandlungen über die Übernahme der Wasserstraßen auf das Reich und bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Forderung Bayerns auf paritätische Behandlung der württembergischen und badischen Wasserstraßenpläne bei den möglichen Reichsbeschlüssen wiederholt und mit allem Nachdruck geltend gemacht und Forderungen für eine ebenmäßige Berücksichtigung der bayerischen Vorschläge erhalten.

In der Zeit vom 9.—12. März fanden eingehende Verhandlungen des Reichsausschusses des Main-Donau-Stromverbandes mit dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und dem Reichsverkehrsminister über die Ausführung der bayerischen Großschiffahrtstrasse statt, wobei die bayerischen Vertreter bestanden, daß Bayern in der Lage sei, die Finanzierung der Donau-Mainverbindung durch die hierbei zu gewinnenden Wasserkräfte ebenso nachzuweisen, wie es Württemberg für die Neckarkanalisierung gegenüber den Reichsbeschlüssen gelungen sei. Eine diesbezügliche Vorlage wird in den nächsten Tagen nach Berlin abgehen. Gegenüber der einseitigen Berücksichtigung des württembergischen Projektes durch Berlin, bei der bayerische Regierung ihren Einsandten in Berlin beauftragt, von der Reichsregierung vor der Einbringung der Neckarvorlage in der Ratifizierung eine bestimmte Erklärung darüber zu verlangen, daß die unermittelte Vorlage des Neckarprojektes die Durchführung der bayerischen Großschiffahrtstrasse nicht beeinträchtigen könnte und daß die Reichsregierung letztere ebenso finanziell sichern und beschleunigen werde, wie die Neckarkanalisierung, sobald Bayern die ebenmäßigen Voraussetzungen für die Ausführung seiner Pläne nachweise. Die bayerische Vorlage wird in den nächsten Tagen vorzulegen sein.

Der Untersuchungsausschuß tagt wieder.

Vernehmung des Grafen Bernstorff. Berlin, 14. April. (Von unserem Berliner Büro.) Parlamentarischer Untersuchungsausschuß, öffentliche Sitzung am Mittwoch, den 14. April. Der zweite Untersuchungsausschuß des zweiten Untersuchungsausschusses nahm nach fünfmonatlicher Pause seine Verhandlungen wieder auf. Die Verhandlungen fanden wieder in dem großen Saale der Kommission statt. Der Vorsitzende, Abg. Gotthein, eröffnete die Sitzung um 10 1/2 Uhr.

Er erklärte, daß der Ausschuss deswegen eine lange Pause in diesen Sitzungen habe eintreten lassen, damit die Akten inzwischen veröffentlicht werden konnten. General Ludendorff ist Mitteilung gemacht und nahegelegt worden, hier zu erscheinen (General Ludendorff hat sich nicht eingefunden).

Darauf erhielt dann Graf Bernstorff das Wort. Er erklärte: Eine allgemeine Antwort auf die Äußerungen Ludendorffs habe ich eigentlich nicht zu geben, weil es eine rein subjektive Auffassung ist, ob die Friedensvermittlung Wilsons zu einem Erfolg geführt hätte. Darüber kann man heute keine definitive Entscheidung fällen. Ich bin heute noch der Ansicht, daß durch die Friedensvermittlung Wilsons der Friede herbeigeführt worden ist. Besten sind mir nur einige Fragen vorgelegt worden. In der ersten wird gefragt nach der Einwirkung, der Erklärung des unbefruchteten Ubootkrieges, auf die Haltung der Vereinigten Staaten. Ich bin der Ansicht, daß ohne den Ubootkrieg ein Krieg mit Amerika nicht entstanden wäre. Von Berlin hatte ich immer die Instruktion erhalten, daß wenn ein Friede nicht zustande käme, der Ubootkrieg nicht zu vermeiden wäre. Infolgedessen war keine andere Möglichkeit den Krieg zu vermeiden, als die Friedensvermittlung Wilsons anzunehmen. Würde sie nicht angenommen, so war der Ubootkrieg unvermeidlich und er brachte automatisch den Krieg mit Amerika.

Auf Befragen gibt Graf Bernstorff an, daß Wilson ursprünglich nur die Absicht gehabt habe, die kriegführenden Parteien an den Verhandlungstisch zu bringen. Abg. Warmuth: Sie sagen, ohne den Ubootkrieg wäre ein Krieg mit Amerika nicht zustande gekommen. Das steht in Widerspruch mit einer Äußerung Wilsons im Senat, wonach Amerika unter allen Umständen mit Deutschland zum Krieg gekommen wäre.

Graf Bernstorff: Ich bin der Überzeugung, daß es ohne U-Bootkrieg nicht zum Krieg mit Amerika gekommen wäre. Bezog sich die Wilsonsche Forderung „freier Zugang zum Meer“ ausschließlich auf das, was später der polnische Korridor genannt wurde? Dann kann ich mit Bestimmtheit sagen, daß das nicht der Fall war. Ich entlasse mich genau einer Unterredung mit Oberst Hase gleich nach der Wilsonschen Botschaft vom 22. Januar, in der Hase erklärte, daß dieser freie Zugang zum Meer in die Botschaft hineingesetzt worden sei, damit es für Oesterreich-Ungarn möglich wurde, sich auf dem Standpunkt der Wilsonschen Botschaft zu stellen. Wenn aber Oesterreich von dem Adriatischen Meer abgeschlossen würde, könne es nicht leben.

Prof. Schäfer: Oesterreich hat mit diesem Zustand der Botschaft nicht gemeint sein, denn es hatte ja den Zugang zum Adriatischen Meer.

Prof. Sonn: Die betreffenden Stellen in der Wilsonschen Botschaft sind sehr vage gehalten. Man kann aus ihnen alles Mögliche herauslesen. Der Punkt über die einheitlichen und selbständigen Staaten kann sich nur auf Völkern beziehen. Auf weitere Einwände des Abg. Warmuth und des Sachverständigen Schäfer erklärt Bernstorff: Selbstverständlich ist zwischen dem Oberst Hase und mir auch über die politische Frage gesprochen worden. Mir ist niemals die Abtreuung deutschen Gebietes zugemutet worden. Der Wunsch der amerikanischen Regierung ging immer nur dahin, die Kriegführenden an einen Tisch zu bringen, wo sie sich über die Art der Kriegsende verständigen sollten.

Vorsitzender Gotthein: Bei der Diskussion dieser Frage ist in der Öffentlichkeit der Gedanke wiederholt aufgetaucht, in Danzig und Königsberg Freiheiten zu erteilen und durch Abmachungen hinsichtlich des Eisenbahnverkehrs den Polen den Zugang zu diesen Häfen zu gestatten. Die sonst so scharfe Janjur hat nichts gegen die Förderung dieses Gedankens einzuwenden gehabt.

Abg. Warmuth: Besteht für Sie Grund zu der Annahme, daß dieser freie Weg zum Meer aus Kosten deutschen Territorien geschaffen werden sollte? Gibt es irgend eine positive Tatsache dafür, daß man in der Reichsregierung daran dachte, diese Schutzgebühren des Deutschen Reiches zugulassen?

Graf Bernstorff: Ich habe niemals Anjuncturen nach dieser Richtung aus Berlin erhalten. Ich habe mich immer Hase gegenüber zurückhaltend geäußert, da ich meine Regierung nicht vorzeitig binden wollte.

Prof. Sonn: In Hamburg und anderen Orten sollte der Archepo-Tomski ein besonderer Freizug gewährt werden.

Graf Bernstorff: Wilson hatte niemals die Absicht, sich in die Einzelheiten europäischer Gebietsfragen zu vertiefen. Er hat stets gesagt, er könne nur handeln, wenn er das amerikanische Volk hinter sich habe. Das amerikanische Volk aber interessierte sich für diese territorialen Einzelfragen nicht.

Graf Bernstorff fährt dann weiter fort: Ich werde dann weiter gefragt, ob ich auf die Angriffe des Generals Ludendorff etwas zu erwidern hätte. Ich soll, so sagt Ludendorff, den Reichskanzler nicht richtig unterrichtet haben. Das ist eine rein subjektive Behauptung. In allen meinen Berichten habe ich mich auf den Standpunkt gestellt, daß der U-Bootkrieg die Amerikaner in den Krieg ziehen würde. Leider habe ich recht behalten. Denn die Erklärung des U-Bootkrieges wurde mit der amerikanischen Kriegserklärung beantwortet. Ich bin auch heute noch der Ansicht, daß aus der Wilsonschen Friedensvermittlung ein Friede hervorgegangen wäre. Für mich handelt es sich nicht um die Person Wilson, sondern um die Tatsache, daß die Entente uns ohne die amerikanische Hilfe niemals hätte besiegen können. Dieser Ansicht bin ich heute mehr als jemals und deshalb mußten die Vereinigten Staaten aus dem Kriege herausbleiben. Das Buch von Keynes hat das bestätigt, daß es zum Frieden gekommen wäre. Auch Bonar Law hat im englischen Parlament ausdrücklich erklärt, daß Englands Finanzen anfangs 1917 vollständig fertig waren und daß England ohne amerikanische Hilfe den Krieg nicht hätte weiter führen können.

Abg. Warmuth: Wir hätten Amerika doch oder nur vom Krieg fernhalten können, wenn wir die amerikanische Friedensvermittlung angenommen hätten. Das ist doch der springende Punkt. Hat Graf Bernstorff auch darauf Berlin stets aufmerksam gemacht?

Graf Bernstorff: Ich habe zwei Jahre lang nichts anderes geschrieben, als daß wir die amerikanische Friedensvermittlung hätten annehmen müssen. Eine weitere Frage weist darauf hin, daß der

englischen Propaganda vielleicht nicht genügend entgegengetreten wurde, jedoch die amerikanischen Soldaten den Krieg als einen Kreuzzug betrauteten. Ich habe zuerst durch Interviews die amerikanische Presse unterrichtet. Durch diesen politischen Kampf wurde aber meine diplomatische Stellung untergraben. Ich begriffe es daher, als Deutscher die Leitung der Propaganda übernahm und diese von der Gesellschaft völlig getrennt wurde. Die Propaganda besorgte sich nicht um die Beeide, sondern auch auf wirtschaftliche Maßnahmen, auf die Unterbindung der Munitionsausfuhr, auf Filme usw. Auch Amerikaner haben mitgearbeitet, meist Deutsch-Amerikaner.

Prof. Baun: Waren ausreichende Mittel vorhanden, um eine Propaganda in großem Maße machen zu können oder mußten immer erst Maßnahmen in Berlin gemacht werden?

Genl. Bernstorff: Ich hatte überhaupt keine Mittel zur Verfügung.

Hg. Barzant: Sind Sie deshalb nicht beim Ausländigen Amt vorstellig geworden?

Genl. Bernstorff: Als Bernburg die Propaganda übernahm, wurde ein Etat aufgestellt. Er hat dann so gut wie selbstständig gehandelt. Nur alle acht oder 14 Tage kamen wir zusammen, um die wichtigsten Sachen gemeinsam zu behandeln. Die Propaganda war nicht unzulänglich. Ich hätte auch nicht mehr machen können. Wir haben eher zu viel als zu wenig Propaganda in Amerika gemacht. Wenn wir einen Fehler gemacht haben, so war es der, daß wir zu viel Propaganda gemacht haben, zu wenig Gelder nicht.

Hg. Gahn: Waren die sogen. Verschwörungen nicht auch hinderlich?

Genl. Bernstorff: Ein hervorragender amerikanischer Richter hat festgestellt, daß von den genannten sogenannten Verschwörungen 99 Prozent einfach erfunden sind. Meiner Meinung nach ist viel zu viel Propaganda gemacht worden. Ich habe unausgesprochen geurteilt, man möge weder Namen noch Propagandisten hinüberreichen. Sie sind aber doch in Massen gekommen. Das Resultat war, man meinte die Arbeit und wurde verstimmt. Eine weitere Frage, die an mich gerichtet worden ist, bezieht sich darauf, ob ich die Behauptung aufrecht erhalte, General Eubank habe eine amerikanische Freilebensversicherung nicht gewollt, weil die U-Boote den Krieg in drei Monaten beendet haben würden.

Ich habe die Versicherung Eubanks so aufgefaßt, als ob diese Ansicht die Kollektionsaufstellung der maßgebenden Kreise in Berlin sei und das ist von allen Zeugen hier bestritten worden. Meine Ansicht, daß es sich bei meinen Besuchen bei der Obersten Herrschaft um reine Höflichkeitshandlungen handelte, halte ich aufrecht.

Weitere Fragen liegen nicht vor. Die Verhandlungen werden weiterhin unterbrochen. Nächste Sitzung unbestimmt.

Holz entkommen.

Die Reichswehr in Plauen eingedrückt. Plauen, 1. April. (WB.) Die Reichswehr ist heute hier, von der Besoldigung freudig begrüßt, eingedrückt. Auch in Mägenthal sind Reichswehrtruppen eingedrückt. Die Leute des Kommunisten Hölz, die nach Kuerbach geflüchtet sind, haben bei Zootental die Eisenbahnbrücke zerstört und die Geleise gesprengt. Bei Schöndorf wurde heute eine Anzahl Kommandos von Reichswehrtruppen festgenommen und ihnen große Geldbeträge abgenommen.

Der Kommunist Hölz hat mit seinen Leuten heute nach Mägenthal verflücht, nachdem er die geforderte 1.000.000 Mark von den mitgenommenen Geiseln erhalten hatte. Gegen 4 Uhr morgens erschien Hölz mit sechs Autos in Kuerbach, wo die Wagen von der Polizei und Einwohnerwehr aufgehalten wurden. Es entwickelte sich eine Schießerei, bei der jedoch niemand verletzt wurde. Die Polizei nahm vier Automobile fest. Die Anwesen wurden verhaftet. Hölz mit den beiden anderen Kraftwagen ist entkommen. In Plauen hat sich nichts Neues ereignet. Die Stadt ist ruhig.

Die Güter in Irland.

London, 14. April. (Reuter.) Im Unterhause erklärte Bonar Law im Laufe der Debatte über den Hungerstreik im Kroumfrage-Gefängnis in Dublin und den Generalstreik in Irland, die Regierung werde ihre Haltung keinesfalls ändern. Die Gefangenen seien unter dem bringenden Verdacht der Beteiligung an Mordtaten verhaftet worden und der Terror gegen die Zeugen mache die Durchführung der Prozesse unmöglich. Der Schutz der Bürger und die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung würden unmöglich werden, wenn die Gefangenen freigelassen würden, weil sie zum Hungerstreik übergegangen seien. Im weiteren Verlauf der Debatte forderte der irische Nationalist O'Connor und der Arbeiter-Abgeordnete Clunes die Forderung auf, daß die irischen Gefangenen freigelassen würden.

Der blonde Schopf und seine Freier
Roman von Agnes Harder.

2) (Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Nach dem Essen zog sich die Oberin zurück, und die beiden Mädchen gingen in den Garten. So nannte die Oberin ihre Raube auf dem Hofplatz. Ein Rosenkranz grünte in der Mitte, auf dem blühte die Frau des Schmieds, dessen Haus an den Hof stieß, ihre Wäpfe. Eine gewöhnliche Stachelnrose, von wildem Wein und rotblühenden Bohnen umrankt, stand auf der einen Seite. Hier tranken die Tante und die Nichte im Sommer ihren Kaffee. Die Oberin hatte ein paar Sonnenblumen daneben gepflanzt, die nun ihre dickflüssigen Köpfe hoch trugen, und auf der Erde trug ein wenig Geranien von Kresse, Verbena und Heliotropen. Das war alles. Die kleinen Kinder des Schmieds spielten hier, und aus der Vertikalklang lustiges Hämmern, dazu das tiefe Schnarren des Blasbalgs. Theda von Rombow hatte für dieses bescheidene Spiel viel mehr Verständnis als Katharina, die lieber drinnen auf den verbliebenen Damaststufen geblieben wäre. Aber heute auf die sie nicht viel darauf. In diesen Tagen hatte ihr der Rektor ihrer Schule die Erlaubnis für den Ferienkursus in Rüss in Schweden übermitteln, um den sie sich beworben. Zum Herbst hatte sie dann nach langem Warten glücklich eine Stelle an einer Gemeindeschule in Berlin erreicht.

Außerdem und hundert gehen im Jahre nach Rüss. Theda! Aber wie man hier nur davon hört! Wenn Vater nicht wäre, mit seiner Energie, ich wäre wirklich nicht hingekommen.

„Versprichst Du Dir denn soviel davon? Ich denke, Du turnst nicht gern.“

„Freilich, aber es ist doch immer eine gute Hilfe, da Schweden in diesen Dingen ausschlaggebend ist. Und dann bedente den billigen Sommeraufenthalt! Es ist ja eine Sitzung, und das Ganze fast geschenkt. Dazu sind wir ein paar hundert junge Mädchen und junge Leute zusammen. Es kann wirklich ein Vergnügen werden. Damit bin ich bisher immer zu kurz gekommen in meinem Leben.“

Theda lächelte ein wenig. Sie dachte daran, mit welchem Aler Katharina jeden Langstranden, jeden Sommerausflug in ihren Kreisen mitnahm. Sie hatte ein sehr lebhaftes Verständnis für das Wort „Vergnügen“, das Theda von Rombow ganz abging. Katharina mochte das Lächeln anders deuten, denn sie sagte höflich:

„Du denkst doch nicht an unsere Schulausflüge und unsere Rehrerfahrten? Theda, Du kannst Dir gar nicht vorstellen,

London, 14. April. (WB.) Nach Meldungen aus Dublin ist der Streik in den Großhändlernhäusern, Keinstler und Connaught fast vollständig. Aus den Städten des Südens Irlands wird gemeldet, daß die Geschäfte stillen, ausgenommen die Lebensmittelversorgung. Unruhen werden nicht gemeldet.

Amsterdam, 14. April. (Reuter.) Laut Telegramm beträgt die Zahl der Unabhängigen in Irland etwa eine Viertelmillion. In der Nacht zum 13. April wurde in der Grafschaft Donegal eine Solitairmine durch eine Explosion zerstört.

Die französisch-belgische Entente.

Brüssel, 14. April. (WB.) Der belgische Minister des Auswärtigen, Homans, weigerte sich gegenüber einem Korrespondenten des Journal de Bruxelles das Gerücht, die drei sozialistischen Minister hätten gegen die Entsendung eines belgischen Botschafters nach dem rechten Rheinufer gestimmt, zu entkräften, noch andererseits es zu bestätigen. Belgien stehe auf dem Standpunkt, daß der Bloß der Alliierten fest zusammenhalten müsse. Räder der eine vor, so dürfe der andere nicht zurückbleiben. Bezüglich der französisch-belgischen Allianz sagte der Minister, man denke nicht an die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Vereinigung. Belgien müsse dem freien Handel treu bleiben, es stehe jedoch einer militärischen Allianz zwischen den beiden nichts entgegen.

Paris, 14. April. (WB.) Der belgische Botschafter in Paris erklärte einem Vertreter des Petit Journal, der Abschluß einer militärischen Entente, nicht einer militärischen Allianz, zwischen Belgien und Frankreich stehe unmittelbar bevor.

Russische Gegenrevolution.

Paris, 14. April. (WB.) Ein ehemaliger Kammerherr des Zaren Nicolas, Alexis Doznobitsch, ist am Montag morgen, als er von Berlin hier ankam, am Nordbahnhof verhaftet worden. Er soll der Verbindungsmann zwischen zwei russischen Organisationen in Berlin und Paris gewesen sein, die für die Wiederaufrichtung des Zarenreiches und für die Unterdrückung der polnischen Republik einzutreten wollen. Der Verhaftete beweist keine Unschuld. Es scheint, daß die Angelegenheit, die zu zahlreichen Hausdurchsuchungen geführt hat, noch weitere Kreise ziehen werde. Doznobitsch war Mitglied der letzten russischen Duma.

Deutsches Reich.

Der Lohnabzug bei der Einkommensteuer. Auf Grund des Gesetzes zur Durchführung des Einkommensteuergesetzes vom 11. März 1920 (R. G. Bl. S. 428) wird der Lohn des Arbeitnehmers der §§ 45, 52 des Einkommensteuergesetzes (betr. Abzug von 10 Proz. bei der Lohnabgabe durch den Arbeitgeber) vom Reichsminister der Finanzen demnächst bekanntgegeben werden. — Erst mit Inkrafttreten der genannten Bestimmungen beginnt der Lohnabzug. Auf bereits erfolgte Lohn- und Gehaltszahlungen erstreckt sich der Abzug nicht.

Wirtschaftszulage für pensionierte Beamten und Lehrer. In München, 14. April. (Preis-Zeit.) Auf Grund der Bekanntmachungen für die Abrechnung vom 22. Mai 1919 und 18. Januar 1920 erhalten vom 1. Januar 1920 ab alle zur Ruhe gesetzten und pensionierten Beamten infolge der eingetretenen Teuerung eine monatliche Wirtschaftszulage, und zwar in folgenden Abteilungen: a) Die verheirateten Beamten monatlich 100 M., b) die ledigen Beamten und Beamtenwitwen monatlich 75 M., c) Poppevermalte Kinder monatlich 50 M. Pensionierte und zur Ruhe gesetzte Volksschullehrer sowie Hinterbliebene von Volksschullehrern erhalten dieselben Zulagen.

Baden.

Die Sozialisierung der Karlsruher Maschinenfabrik. Karlsruhe, 13. April. Der Verlosungskonflikt des bad. Landtags bezieht sich in seiner geistigen Richtung auf die Sozialisierung der Karlsruher und Kappelstädter der (früheren Großherzoglichen) Maschinenfabrik und Sozialisierung des Betriebes. Der Richter Herrmann Dr. Kraus (Ses.) begründete in eingehenden Darlegungen das Gesetz und legte den Gang der Verhandlungen dar wie sie bisher mit dem Finanzministerium verlaufen sind. Am Schluß seiner Ausführungen forderte der Richter Herrmann den Antrag, der Kaufhof solle darüber beschließen, ob die Maschinenfabrik sozialisiert werden soll oder ob noch die Lösung der jetzigen Verhältnisse ein neuer Vertrag abgeschlossen werden soll. Im letzteren Fall müßten die jetzigen Verhältnisse der Arbeiter und Angestellten weitgehende Berücksichtigung finden. Nach eingehender Aus-

sprache, an der auch die Regierungvertreter teilnahmen, wurde die Angelegenheit vertagt bis das wichtigste Interdiktum vom Reichstag mitgeteilt ist im Druck zugänglich gemacht ist.

Die Errichtung von Beamtendienststellen-Ausschüssen.

Das Staatsministerium hat folgendes bestimmt: Bei allen Dienststellen, die in der Regel mindestens 20 Beamte beschäftigen, sind mit sofortiger Wirkung aufzuheben von gebildeten Beamten Dienststellen-Ausschüsse zu bilden. Bei Dienststellen mit weniger als 20 Beamten treten an die Stelle der Ausschüsse die von den Beamten gewählten Vertrauensleute. Wahlberechtigt sind mit Ausnahme des Dienstverhältnisses alle über 20 Jahre alten, bei der Dienststelle beschäftigten Beamten. Wählbar sind diejenigen Personen, wenn sie vor 25 Lebensjahre überführt haben. Neben die Anzahl der Mitglieder des Ausschusses und der Vertrauensleute zählten sich die bei der Dienststelle beschäftigten Wahlberechtigten. Die Ausschüsse sind unter die drei Beamtengruppen, obere, mittlere und untere, von denen jede für sich getrennt wählt, entsprechend ihrer Mitgliedszahl bei der Dienststelle zu verteilen. Die drei Ausschüsse wählen die Mitglieder der Wahlkommission. Die Amtsdauer der Ausschüsse beträgt ein Jahr; es läuft mit dem Kalenderjahr. Der Dienststellen-Ausschuss hat die dienstlichen und wirtschaftlichen Interessen der bei der Dienststelle beschäftigten Beamten wahrzunehmen. Der Ausschuss ist berechtigt, die Durchführung aller die Beamten und das Beamtenverhältnis betreffenden Verfügungen zu überwachen. Der Ausschuss ist berechtigt, Vorschläge zu stellen und auf Verbesserung des Dienstverhältnisses eine gutachtliche Äußerung abzugeben. Bei Verhängung einer Disziplinarstrafe soll der Dienstvorstand den Ausschuss ausnahmslos hören. Der Ausschuss ist weiter berechtigt, in Angelegenheiten, die seinen Aufgabenzweck betreffen, Äußerungen, Vermittlungen jedoch nur mit Zustimmung des Beamten, den es angeht. Die Auflösung des Ausschusses hat dienstlichen Charakter. Verfügungen eines Mitgliedes bei einer Ausschließung oder bei Ausscheidung seines Ausschusses dürfen dienstpolizeilich nicht erfolgt werden, soweit es nicht eine gesetzlich vorgeschriebene Maßnahme ist.

Aus dem Parteilieben.

Weinheim a. D., 12. April. Am 9. April fand im kleinen Saale des „Goldnen Bock“ die erste Versammlung des Frauenausschusses der Deutschnationalen Volkspartei statt. Die zahlreich erschienenen Teilnehmerinnen lauschten mit regem Interesse dem ebenso inhaltreichen wie formvollendeten Vortrag „Die deutsche Frau im Wiederaufbau“ des aus Pforzheim berufenen Rednerin, Frä. H. Rarold, Hauptreferentin an der dortigen höheren Mädchenschule. Sie zeigte in ihren wohlüberdachten Ausführungen die vielfältige, für das Volkstum so bedeutungsvolle Tätigkeit der Frau auf den verschiedensten Gebieten. Sie hob die Unentbehrlichkeit dieser Tätigkeit hervor; sie betonte auf der von derjenigen des Mannes ganz verschiedenen Eigenart der Frau, welche aber darum durchaus nicht als minderwertig anzusehen sei, sondern eben durch ihre Andersartigkeit wichtige Aufgaben nicht nur in der Familie, sondern auch im Volksleben zu erfüllen habe. Reizend bewies, wie die herporragende Leistung. Danach erlaube ein junges Mädchen aus der Jugendgruppe die Anwesenden durch den schönen Vortrag des hervorragenden Gedichtes von Paul Wolf „Glaube“.

Frau Konrad Bander, die sich mit sticheln Mannheimer Wäpfe hier eingefunden hatte, überbrachte dann in herzlichsten Worten Grüße der gleichgesinnten Schwestern in Mannheim, und Frau Langner (Mannheim) richtete an die Rätter eine forschende Rede über Aenderung der nationalen Sinne, die in ihrer Anschauung der Bestimmung und Gemütsart der großen Einbreit hinterlassen hat. Frä. Scharke (Mannheim) forderte dann nach der Anwesenheit auf, etwa hier oder in der Gegend amüßliche Deutsche aus den Abstimungsgesellschaften herauszukommen, daß sie sich um die leicht nötige Auskunft über Unterfragen bezüglich der Heimreise zur Bestimmung an Herrn Ingenieur Willmet in Mannheim, Luisenring 24, wenden möchten, da man jedem und jeder Einzelnen die Möglichkeit der Abstimmung sichern wolle. Mit herzlichem Dank für alle Darbietungen schloß die sehr beständig verlaufene Versammlung.

Letzte Meldungen.

Was geht in Pommern vor?

Berlin, 14. April. (Von unserem Berliner Büro.) Nach den heute vorliegenden Meldungen wird die Sage in Pommern an zuständiger Stelle erster aufgefaßt. Die amtlichen Stellen werden Pommern, wie verläuft wird, die notwendigen Aufmerksamkeit aufwenden und alles tun, um die Bestrebungen im Reine zu erfassen. Die Nachforschungen nach dem Aufenthalt von Büttner und Bischof haben bisher zu keinem Ergebnis geführt.

Schon vor einigen Tagen wurde berichtet, daß von Pommern aus ein neuer gegenrevolutionärer Aufstand beabsichtigt sei.

Paris, 14. April. (WB.) Die Abreise des Ministerpräsidenten Millerand nach San Remo erfolgt am Freitag abend. Er wird begleitet sein von Marcellin Boga, der neue Generalkonsul in Genoa, und den beiden Direktoren der politischen Angelegenheiten am Quai d'Orsay, Perlelot und Hammetter.

Alexandrine von Rombow hatte gut geschlafen, und während sie den braunen Trank schlürfte, den Theda mit ganz besonderer Sorgfalt bereiten mußte, ließ sie ein kleines Feuerwerk von Wit und Raune über ihre jugendlichen Gefährtinnen da'sin gehen. Aber keine von beiden merkte recht auf. Theda war mit sich selbst beschäftigt, und Katharina empfahl sich bald. Es war der letzte Sonntag vor den großen Ferien, und man sah ihr am Abend in einem öffentlichen Garten ein kleines Unschickliches. Sie reifte sofort nach Schluß nach Schweden. Vielleicht würde sie noch Zeit finden, der Oberin die Hand zu küssen. Ob sie Theda dann sah, war ganz zweifelhaft.

Theda begleitete sie bis an die Tür. Sie küßten sich. Nicht zärtlich, wie es junge Mädchen beim Abschied zu tun pflegen. Mehr aus Gewohnheit als aus Bedürfnis, und Theda empfand den warmen, lebensvollen Lippen unangenehm auf ihrem kalten Gesicht.

Dann kehrte sie zu der Tante in den Holzgarten zurück, weil sie die Ruhe des Sonntagnachmittags genießen wollte. Es war ganz still. Auch auf den Erkeren fuhr um diese vorangestellte Stunde keine ein Wagen. Alles war drouhen im Freien. Hoch am Himmel waren den fernem Massen Sommerwolken zogen die Schwärme einher. Hin und wieder hörten sie ein Zwitschern. Im Frühling hatte eine Morgenrotmücke daran gedacht, sich unter der Raube ein Nest zu bauen. Aber dann hätte sie die Absicht aufgegeben und war weitergezogen. So blieben auf dem kleinen Hofraum mit seinem Halunderstrauch in der Ecke nur die Allerweltvögel, die Spatzen.

Die Oberin hatte zur Zeitung gesessen, zu der sie wegen des Kirchensuchens am Vormittag noch nicht gekommen war. Theda hatte ein Buch vor sich.

„Mit der Seite kommst Du nun eigentlich fertig sein. Theda. Es sei denn, Du lernst sie auswendig. Seit Katharina fort ist, hast Du nicht umgeblättert.“

Theda erstarrte. „Ich dachte an etwas anderes, Tor! Alexandrine“

„Wahrlichst ein Delns robuste Freundin, die sich jetzt ihr hübschestes Kleid anzieht und ihren Haarknoten noch ein bißchen wuschlicher macht, um noch in aller Eile ein paar Herzen zu brechen.“

„Ja, Tante Alexandrine, ich dachte daran, warum ich nicht auch etwas anfangen. Ich bin gerade 23 Jahre alt, und das Leben dürfte noch lange genug sein. Aber dann wurde mir wieder klar, daß ich doch gar nichts anders kann, als Anfängerin Klavierstunden zu geben, und doch mich die gerade müde genug machen.“

„Warum mußt es denn auch immer bei den Anfängern bleiben, Theda? Du spielst selbst so schön!“

(Fortsetzung folgt.)

wie glücklich sie manchmal sind, und wie sehr ich mich da hinaus lehne. Nebenher hielt ich es hier auf die Dauer nicht aus, ich freue mich auf Berlin. Da hat man doch vielmehr Cetera paribus!

Sie sagte nicht mehr, und Theda fragte nicht. Aber sie sah aufmerksam zu Katharina hin. Ja, sie zog sich nicht gut an. Sie wollte immer zu viel, und da sie nur über bescheidene Mittel verfügte, so war das Mißverhältnis besonders arg. Aber sie war hübsch in ihrer blonden, gelunden Fülle. „Gewöhnlich“, dachte Theda und schämte sich der Unfreundlichkeit, die darin lag. Wußte sie doch, daß sich manch einer nach dem heillosen ein wenig herausfordern aufgestakten Haarknoten umdrehte. Katharina hatte ihr auch von den ziemlich andringlichen Bewerbungen eines Kollegen gesprochen. Aber die Art, in der sie es tat, war Theda zumider gekommen, daß sie abgewehrt hatte.

Katharina spannte indessen den Möglichkeiten der Zukunft nach.

„Wieviel Kraft sie hat“, dachte Theda, müde in sich zusammenzuckend, „wahrscheinlich wird sie auch dies durchlegen, wie die Stelle in Berlin.“ Und als müßte sie den unendlichen Gedanken von wecheln wieder gut machen, sagte sie fast herzlich:

„Es wird mir sehr tun. Dich am Sonntag nicht mehr zu sehen. Du bist doch eine Erinnerung an Alt-Rombow, Katharina.“

Die letzte geringfügig die Abseln, Gott, Alt-Rombow! Wäpfe war ich wieder da. Eigentlich ist das Herrenhaus ein größlicher alter Kaiser. Aber seine Leute wohnen jetzt darin, und ordentlich Geld stecken sie in das Gut. Vater sagt, wenn die Zuckerfabrik zustande kommt, kann noch einmal etwas rausgewirtschaftet werden.“

Ein feines Rot war in Thedas Gesicht gestiegen. Sie erhob sich hastig. „Ich muß das Kaffeezeug holen, Tante kommt bald herunter.“ Damit nickte sie Katharina lächlich zu und ging ins Haus.

Drüben trat die Schmiedsfrau in die Tür und rief die Kinder. Sie war schon zum Sonntagnachmittag-Ausgang angezogen, den blumengeschmückten Kapott mit auf dem glatten Scheitel über der frisch gestrichelten Stirn. Die beiden kleinen Mädchen hatten in ihren frisch gewaschenen und gefärbten Kleidchen still wie Puppen auf der Bank vor der Werkstatt gesessen. Geistesmäßig sah Katharina hinüber. Sie mochte den Werktag nicht und der Hände Arbeit; das hatte sie vom Vater geerbt.

Aber da kam die Oberin. Theda selbst trug das Kaffeezeug, denn das Mädchen wurde Sonntagnachmittag beurlaubt. Katharina sprang auf und rücte das Fußbänkchen zurecht.

